

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Neuer Bebauungsplan soll Modernisierung der Klinik fortführen:

Anwohner beklagen Verkehrslärm

Am 27. Oktober beschloß der Stadtrat einstimmig die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Knappschaftskrankenhaus Püttlingen, um u.a. den Neubau einer Rehabilitationsklinik und die Schaffung eines Parkhauses zu ermöglichen. Franz Hertel erklärte dabei, dass die Zustimmung der DKP-Fraktion als klares Bekenntnis zur Standortsicherung der Klinik zu werten ist.

Dennoch sah die DKP einige Punkte, die noch intensiver diskutiert und wofür entsprechende Lösungen gesucht werden müssten. Da sei zunächst die Verkehrsanbindung zu nennen, wobei erneut eine eigene Zufahrt zur Klinik ins Auge gefasst werden müsse. Ob die geplanten zwei Parkdecks ausreichend sind, müsse noch einmal überprüft werden. Auch die Frage der Entwässerung und ihrer Kosten sei zu klären.

Nur wenige Tage nach der Ratssitzung fand am 2. November eine gut besuch-

te Einwohnerversammlung statt, wo die Bebauungsplanung vorgestellt wurde. Dass die Knappschaft den Neubau einer Rehaklinik als Ersatz für die derzeitige Tagesklinik in Bietschied plant, die Umwandlung von 3-Bett-Zimmern in 2-Bett-Zimmer fortführt und auch die OP-Einrichtungen weiter modernisieren will, wurde von niemanden in Frage gestellt. Aber Kritiken hagelte es wegen der Verkehrsanbindung mit ihrem unerträglichen Verkehrslärm, den die Anlieger nicht länger hinnehmen wollen. Ein wichtiges Argument:

Die Hauptanbindung der Klinik erfolgt über ein Straßenkonstrukt aus den sechziger Jahren. Wer die Klinik auf den modernsten Stand bringen wolle, müsse gleiches auch für die Verkehrsanbindung gelten lassen. Eine neu gebildete Bürgerinitiative spricht sich deshalb für den „Bau einer separaten Klinikzufahrt“ aus und erklärt ihre Bereitschaft, an einer sinnvollen Lösung

mitarbeiten zu wollen.

Die DKP ist dafür, alle Möglichkeiten zur Schaffung einer neuen Zufahrtsstraße voll auszuloten, zumal Landeszuschüsse durchaus denkbar sind. Es ist notwendig, für breite Unterstützung zu sorgen.



Foto oben: Parkplätze an der Klinik sind oft rar. Foto rechts: Blick auf einen Teil der Zuhörer, die zur Einwohnerversammlung gekommen waren, wo es um den Bebauungsplan der Klinik ging. Ihr Hauptanliegen: Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, um weitere Belastungen durch Verkehrslärm zu verhindern.



Alarmierende Schlagzeilen



Zig-Tausende Bürger demonstrieren in Stuttgart, Protestaktionen in vielen deutschen Großstädten gegen Sozialabbau, internationale Manifestation in Brüssel, wachsende Proteste gegen Castor-Transporte - der Berliner Regierungskurs stößt auf immer mehr Ablehnung bei den „kleinen Leuten“. Das Volk will nicht länger stillhalten, denn es fühlt sich belogen und betrogen. Was das alles mit uns in Püttlingen zu tun hat, dazu lesen Sie einen Beitrag auf den Innenseiten dieser Ausgabe.

Sparen auf Teufel komm raus:

Rotstift im Bildungs- und Sozialbereich!

Die saarländische Jamaika-Regierung hat vor der Beratung des Landeshaushaltes beteuert, dass an der Bildung nicht gespart werden dürfe. Herausgekommen ist, dass der Nulltarif beim dritten Kindergartenjahr gestrichen, die Einstiegs-Besoldung der notwendigen Junglehrer für zwei Jahre drastisch abgesenkt und der Kindergartenbau gestoppt wird. Um das asoziale Verhalten der CDU/FDP/Grüne-Koalition zu komplettieren, wird auch bei den Behindertenwerkstätten gespart. Entgegen allen Versprechungen ist die Bildung damit zum Sparschwein degradiert worden.

Wie bei den Medien mit zweierlei Maß gemessen wird:

Freiheit und Demokratie, die sie meinen

In Stuttgart gehen Zehntausende auf die Straße, bei den Anti-AKW-Demonstrationen ist die Beteiligung stärker denn je, immer mehr Protestaktionen in den Städten richten sich gegen Sozialabbau. Trotzdem sind die Medien zurückhaltend, oft werden die Aktionen verunglimpft, aber nie werden die Akteure zu Vorbildern erklärt, die man ehren und auszeichnen sollte. Darüber hat sich Uli Brockmeyer einige Gedanken gemacht. Seinen Beitrag haben wir (leicht gekürzt) der DKP-Wochenzeitung UZ entnommen.

Stellen wir uns einen Moment vor, in China oder gar in Kuba würden einige tausend Menschen losziehen, um mit einer gewaltlosen Blockade die Umsetzung eines von der Regierung beschlossenen Projekts zu verhindern. Und stellen wir uns auch noch vor, die Regierung würde ein paar tausend Polizisten mit Helmen, Schildern, schussicheren Westen, Schlagstöcken und Reizgas ausrüsten und ihnen befehlen, die gewaltlosen Blockierer mit Gewalt aus dem Weg zu räumen. Was für ein Geschrei würde sich rings um den Erdball erheben?!

Die Medien hätten wochenlang, monatelang Stoff um die Regierung Chinas oder Kubas zu diffamieren. Und die Blockierer wären selbstverständlich große Freiheitshelden. Man braucht für so etwas nicht viel Phantasie.

Die bürgerlichen Medien haben kein Problem, einen politischen Spinner, der in China den Zentralstaat auflösen, sämtliche Betriebe privatisieren und den Bauern das Land wegnehmen will, zu einem Friedenskämpfer zu machen. Und weil er von einem chinesischen Gericht rechtskräftig verurteilt wurde, erhält er nun den Friedensnobelpreis.

In Kuba ist es ein Mann, der keine besonders große Lust zum Arbeiten hatte, und wenn er schon mal arbeiten ging, versuchte, seine Kolleginnen zu belästigen. Er wurde deshalb gefeuert,

und weil niemand ihn so recht bedauern wollte, hat er sich selbst zum „Opfer des Regimes“ erklärt, einen völlig sinnlosen Hungerstreik begonnen und protestiert nun gegen den Staat, dessen Gesundheitswesen kostenlos dafür gesorgt hat, dass er nicht an seiner Dummheit starb. Er bekommt von der EU einen Menschenrechts-Preis.

Was sind der vom Nobelpreiskomitee deklarierte Frieden oder die von der EU verfochtenen Menschenrechte wert, wenn sie an solche verkrachten Existenzen gegeben werden?

Und was ist diese bürgerliche Gesellschaft wert, wenn sie zulässt, dass der gewaltlose Protest von Tausenden ihrer Bürger kriminalisiert wird? Wenn Menschen, die gegen ein völlig sinnloses Bahnprojekts protestieren, von „Staatsdienern“ zusammengeschlagen, mit Schlagstöcken und Reizgas verletzt werden? Und wenn mehrere tausend Menschen, die berechnete Angst vor einer verstrahlten Zukunft haben, bei der Behinderung eines Transports von Atom-Müll von ebensolchen „Staatsdienern“ wie kurz zuvor in Stuttgart zusammengeschlagen, von Polizeipferden getreten und mit Reizgas verletzt werden? ...

Was haben diese Menschen getan, weshalb bekommen sie keine Auszeichnung für ihre Liebe zum Frieden oder für ihr Streben nach Verwirklichung von Menschenrechten, sondern werden auch nachträglich vom Staat und den ihm dienenden Medien beschimpft?

Völlig klar, diese Menschen sind dagegen, dass Regierung und Atomkonzerne die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern, ohne Verantwortung für die Konsequenzen zu übernehmen. Sie zweifeln am uneingeschränkten Recht der Banken und Konzerne, auf Kosten des Volkes Profit zu machen. Sie sind nicht einverstanden, dass man ihnen das Recht auf demokratische Teilhabe verweigert. Das rüttelt an den Grundfesten des kapitalistischen Staates - zwar nur ein wenig, aber immerhin.



Schlechte Aussichten

Die Gewerkschaft ver.di schreibt in einem Traktat: 2009 verbuchten Städte und Gemeinden ein Finanzierungsdefizit von über sieben Milliarden Euro. Für 2010 werden sogar 15 Milliarden Euro erwartet. Die Gewerbesteuerereinnahmen brachen 2009 um 20 Prozent bzw. fast sieben Milliarden Euro ein - von über 34 auf unter 28 Milliarden Euro. Kassenkredite, die nur für kurzfristige Engpässe gedacht sind, steigen seit Jahren. Sie erreichten einen neuen Rekord von 35 Milliarden Euro.

Schon heute ist klar, dass sich die Probleme der kommunalen Finanzen in den kommenden Jahren weiter verschlimmern werden.

Die Steuereinnahmen der Gemeinden bleiben um fast 20 Prozent hinter den Schätzungen aus 2008 zurück. Damit nicht genug: Das von der Großen Koalition verkündete Sparpaket droht den wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen. Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt hoch, die Kürzungen des Bundes belasten die Städte und Gemeinden mit Mehrausgaben. Durch die 2009 beschlossene Schuldenbremse dürfen auch die Länder ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Das wird den Druck verstärken, die Zuweisungen an die Kommunen - immerhin fast 40 Prozent ihrer gesamten Einnahmen - zu senken. Um dann noch die drängendsten Ausgaben finanzieren zu können, drohen weitere Privatisierungen.

So weit die Gewerkschaft, die dazu feststellt: „Gerecht geht anders!“ ver.di fordert u.a.: Angesichts der dramatischen Notlage der Gemeinden müssen Reiche und finanzstarke Unternehmen mehr zur Finanzierung beitragen. Dem kann man nur zustimmen.



Auf den Standpunkt kommts an!

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Nepper, Schlepper, Bauernfänger in Aktion

Mit krimineller Energie wird das Gesundheitssystem zu Grunde gerichtet

Vor langer Zeit gab es im Fernsehen die Serie „Nepper, Schlepper, Bauernfänger“, in der typische Fälle von Lug und Trug öffentlich gebrandmarkt wurden. An diese Sendungen fühlt man sich erinnert, wenn die Vorgänge um die schon über 15 Jahre andauernde „Reform“ der Krankenversicherung näher beleuchtet werden. Unzählige Versprechungen wurden in dieser Zeit gemacht, aber nie eingehalten. Jetzt werden die Kassenbeiträge wieder angehoben, doch niemand weiß genau, was noch alles an Belastungen auf die Versicherten zukommt. Nur soviel ist bereits klar: Die Gesundheit der Menschen geht dabei langsam aber sicher vor die Hunde.

Von 14,9 auf 15,5 Prozent steigt der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung ab 1. Januar des nächsten Jahres. Rund 50 Millionen Bundesbürger sind davon betroffen. Dazu kommt noch, dass die Kassen bei Finanz-Engpässen unbegrenzt Zusatzbeiträge erheben dürfen.

Während der Anteil der Arbeitgeber an den Kassenbeiträgen bei 7,3 Prozent eingefroren wird, müssen die Versicherten die zu erwartenden Zusatzbeiträge alleine bezahlen. Das wird zu einem schmerzlichen Aderlass für viele Versicherte führen, der Geldbeutel der kleinen Leute wird dadurch schwindstüchtig werden.

Nun hat der zuständige Minister, Herr Rösler, die Sache abgewiegelt, indem er darauf verwies, dass für Bedürftige ein steuerfinanzierter Sozialausgleich vorgesehen sei. In gleichem Atemzug behauptete der liberale Emporkömmling, mit der jetzigen Reform werde die Solidarität „auf eine breitere Basis“ gestellt. Das ist natürlich dummes Geschwätz, da die großen Einkommensbezieher und die privaten Kassen bei dieser Aktion ohnehin ausgespart worden sind. Wenn ein steuerfinanzierter Ausgleich bezahlt wird, dann müssen am Ende doch wieder die Arbeitnehmer den Großteil der Zeche zahlen.

Leidtragende der neuen Beitragserhöhung sind vor allem die Rentner, die zwar im nächsten Jahr eine minimale Rentenanhebung erhalten sollen, welche aber schon vor ihrer Auszahlung durch höhere Krankenkassenbeiträge aufgeessen wird.

Ein besonderes Kapitel ist der Plan des Gesundheitsministers, das „Kostenbewusstsein“ bei den Versicherten zu erhöhen und deshalb die Patienten beim Arzt in Vorlage treten zu lassen. Ein Prinzip der Privatversicherung soll da-

mit allgemein eingeführt werden. Eine Katastrophe wäre das Ergebnis, denn vor allem Geringverdiener wären gar nicht in der Lage, die Rechnung beim Arzt zu begleichen.

Angeblich ging es bei dieser „Reform“ darum, die ausufernden Gesundheitskosten (2011 wird ein Defizit von 11 Milliarden Euro erwartet!) in den Griff zu bekommen. Wer aber die paritätische Finanzierung systematisch außer Kraft setzt und damit die Unternehmer schont, wer die Pharmaindustrie weitgehend aus der Schusslinie nimmt und den Besserverdienenden durch Verkürzung der Fristen den Wechsel zur privaten Krankenversicherung erleichtert, wer auf Umwegen doch noch die Kopfpauschale durchsetzen will, der stellt das ganze System auf den Kopf. Offensichtlich geht es den Rösler & Co.

im Grunde nur darum, die Gesetzliche Krankenversicherung auf Privatvorsorge umzustellen. Hier wittern die Versicherungskonzerne Milliardengewinne. Doch die Masse der Versicherten lehnt diese Pläne ab.

Arbeitskammer und Gewerkschaften plädieren für die solidarische Bürgerversicherung

Diese würde neben der Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch die Kapitaleinkünfte mit einbeziehen. Denn eine dauerhaft stabile Finanzierung ist nur über Erweiterung der Einnahmehasis zu gewährleisten.

Gleichzeitig müssten Rationalisierungsreserven im System weiter erschlossen werden. Es gilt, geeignete Versorgungsstrukturen aufzubauen und die Prävention voranzutreiben. Des Weiteren sollten Arzneimittelpreise in Deutschland an das europäische (deutlich niedrigere) Durchschnittsniveau herangeführt werden. Mit solchen Maßnahmen wären einkommensunabhängige Finanzierungsmodelle und ungerechte Zusatzbeiträge oder gar Kopfpauschalen völlig überflüssig.



Großdemonstrationen der Gewerkschaften in Nürnberg, Stuttgart und vielen anderen Städten für einen politischen Kurswechsel. So auch am 11. November in Kaiserslautern, wo nahezu 5.000 Teilnehmer, darunter aus dem Saarland, den St. Martinsplatz zum Bersten brachten. Unüberhörbar war der Protest gegen Sozialabbau der schwarz-gelben Koalition, vor allem die neuerlichen Belastungen im Gesundheitsbereich stießen auf Ablehnung.

Beim Bahnprojekt in Stuttgart geht es um mehr als Milliarden von Euro:

Die Menschen wollen endlich echte Demokratie erleben und nicht länger gegängelt oder hintergangen werden

Seit Monaten gehen in Stuttgart Tausende auf die Straße. Sie protestieren gegen den geplanten Umbau des dortigen Kopfbahnhofes in eine unterirdischen Durchgangsstation, sie wehren sich gegen die Abholzung hunderter Bäume im Schlossgarten, um in Bahnhofsnähe Baugrund für kapitalkräftige Investoren und Spekulanten zu schaffen. „Stuttgart 21“ nennt sich das Projekt, welches den Zorn von immer mehr Bürgern erregt. Und die Argumente gegen das Bauvorhaben sind einleuchtend: Hier wird ein Milliardengrab produziert, um relativ wenige Minuten Fahrzeit auf der neuen Fernbahntrasse zu sparen, dabei bleibt der Güterverkehr und der öffentliche Nahverkehr weitgehend auf der Strecke. Schaden trifft die Umwelt und vor allem die Masse der Bürger, welche die Kosten dafür verkraften sollen.

Den Verantwortlichen in der baden-württembergischen Landesmetropole macht die anwachsende Protestbewegung schwer zu schaffen. Von Mal zu Mal immer mehr Teilnehmer, das ist auf Dauer nicht zu negieren, eine härtere Gangart sollte deshalb eingelegt werden. So kam es dann am 30. September zum großen Eklat, als die Polizei mit brutaler Gewalt gegen Schüler und Rentner vorging. Wasserwerfer und Pfefferspray wurden eingesetzt, um friedliche Demonstranten einzuschüchtern und zu verjagen. Doch das Gegenteil wurde erreicht. Jetzt kamen noch mehr Leute in Bewegung, am Tag darauf protestierten über 100.000 Menschen gegen die Gewaltorgie der Polizei und gegen „Stuttgart 21“.

Wie schon so oft, wenn die oben keine echten Argumente mehr haben, werden haarsträubende Lügen verbreitet und Versuche zur Spaltung der Protestbewegung unternommen:

Lüge Nr. 1: Gewaltbereite Demonstranten hätten Steine geworfen und die

Polizei provoziert. In Wirklichkeit war es so, dass Schüler mit ihren Eltern und Großeltern friedlich durch die Straßen zogen, zum Teil bürgerliche Menschen, die erstmals in ihrem Leben bei so was dabei waren. Es war die Polizei, die dann mit Pfefferspray und Wasserkanonen vorging, wie selbst im Fernsehen deutlich zu erkennen war.

Lüge Nr. 2: Schon 1995 habe die Stadt einen Rahmenvertrag für das Bauvorhaben abgeschlossen, das sei damals akzeptiert worden. Auch das widerspricht den Tatsachen, denn schon 1997 wurden 14.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren eingereicht, was aber verhindert wurde. Ein weiterer Versuch startete 2007. Etwa 67.000 Unterschriften waren gesammelt worden, um einen Bürgerentscheid über „Stuttgart 21“ zu erreichen. Auch das wurde ignoriert und versucht, die Gegner des Projektes zu kriminalisieren.

Lüge Nr. 3: Bestehende Verträge könnten nicht verändert werden, es müsse deshalb bei den bisherigen Plänen blei-



ben. Das ist natürlich Nonsense, weil die Situation nach 15 Jahren eine völlig andere ist. Da hat sich nicht nur die geplante Bausumme von 2,5 auf über 7 Milliarden Euro nahezu verdreifacht, auch das ganze Ausmass der zu erwartenden Folgen von „Stuttgart 21“ ist erst nach und nach deutlich geworden. Dem muss und kann Rechnung getragen werden! Im Übrigen hat die Bundesregierung deutlich gemacht, was Verträge wert sind: Der gesetzlich festgelegte Ausstieg aus der Atomenergie ist kurzerhand beseitigt worden. Und da soll in der Landeshauptstadt keine Änderung möglich sein?

Die Menschen in Stuttgart wollen in einem Volksentscheid selbst darüber bestimmen, ob der Hauptbahnhof umgebaut wird oder nicht. Das ist gut so. Doch eins ist inzwischen deutlich geworden: **Es geht nicht nur darum, ob das Bahnprojekt realisiert wird oder nicht, viel mehr steht auf dem Spiel.**

Schon seit einiger Zeit wird immer deutlicher, dass die Menschen in unserer Republik unzufrieden sind, dass es in Deutschland ungerecht zugeht. Immer mehr Leute kommen zu der Einsicht, dass die meisten Politiker nicht wissen, was im wirklichen Leben los ist und deshalb Entscheidungen treffen, welche gegen die Interessen der kleinen Leute gerichtet sind.

◆ Nehmen wir nur die geplante Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, die bei einer Befragung von 80 Prozent der Menschen abgelehnt worden ist, weil einerseits die Beitragsanteile der Unternehmer festgeschrieben und andererseits die Kostensteigerungen über Zusatzbeiträge allein den Versicherten



aufgebürdet werden. Aber das lässt die schwarz-gelbe Koalition kalt.

◆ Während die in der zurückliegenden Krise mit Steuermitteln geretteten Banken wieder üppige Managergehälter und Boni zahlen (Die Hypo-Real-Estate-Pleitebank gewährt Sonderprämien von 25 Mio. Euro!), werden Hartz-IV-Bezieher mit einer Erhöhung der Regelsätze um fünf Euro abgespeist. Zwei Drittel der Bevölkerung schlußfolgern daraus, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht.

◆ Noch ein weiteres Beispiel, wie der Volkswille mißachtet wird: In München demonstrierten Tausende gegen die verantwortungslose Atompolitik der Regierung, in Berlin kamen 100.000 Menschen zur Anti-AKW-Großdemonstration. Gerade in den letzten Tagen haben sich Zig-Tausende gegen die gefährlichen Castor-Transporte gewehrt und die Abschaltung der AKW gefordert. Aber die Bundesregierung negiert gesetzliche Vereinbarungen über den Atomausstieg und verlängert die Laufzeiten der Atomkraftwerke um bis zu 12 Jahre, wodurch das Problem der Endlagerung des gefährlichen Atom- mülls noch weiter verschärft wird.

Der Platz würde nicht ausreichen, um alle Beispiele aufzuzählen, wo die Regierungspolitik im Widerspruch zum Willen der Mehrheit der Bevölkerung steht. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass immer mehr Menschen sich an der Nase herumgeführt und betrogen fühlen; sie sehen ihre Interessen von der Politik nicht mehr vertreten und pfeifen deshalb oft auch auf die Teilnahme an Wahlen. Bei uns ist das ebenfalls zu beobachten, auch in Püttlingen wächst die Unzufriedenheit über die verkorkste Politik der Jamaika-Koalition und ihrer Handlanger in den Kommunen.

Nicht länger stillhalten, das ist es, was man aus den Volksbewegungen in Stuttgart und anderswo lernen kann. Sich selbst engagieren für politische Veränderungen, darauf kommt es an.

Ein wichtiger Punkt ist die Finanzsituation des Saarlandes. Hier gilt es, dass immer mehr Menschen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und gesetzliche Maßnahmen zur Abschöpfung der Spekulationsgewinne und gegen Steuerhinterzieher fordern. Nur so kann mehr Steuergerechtigkeit erreicht werden. Eine Absage an Sozialabbau und Abwälzung der Krisenlasten nach unten muss einhergehen mit Forderungen nach Steigerung der Massenkaufkraft, der Erhöhung von Löhnen, Renten, und Sozialleistungen. Hartz-IV und Rente mit 67 müssen verschwinden, der gesetzliche Mindestlohn muss kommen.



Unlängst hat die ver.di-Gewerkschaft im Saarland mehrere Infostände durchgeführt, um über ihre Aktion „Gerecht geht anders“ zu informieren, so auch am 27. Oktober in Völklingen. Dort war Franz Hertel (zweiter v.r.) als Vorsitzender der ver.di-Senioren ebenfalls dabei.

Retten statt ruinieren!

ver.di beschäftigt sich mit unterschiedlichen Problemen und nennt Alternativen. In diesem Falle geht es um die Kommunen, denen es immer schlechter geht. Grund ist notorische Finanznot. ver.di meint:

Deutschlands Städte und Gemeinden können nur gerettet werden, wenn ihre Einnahmen vermehrt werden. Deshalb muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungsquelle weiterentwickelt werden. Zu der würden auch bisher nicht erfasste freie Berufe und Selbstständige beitragen. Durch Freibeträge und die Beibehaltung der Anrechnung auf die Einkommensteuer würde sichergestellt, dass die große Mehrzahl der Selbstständigen nicht zusätzlich belastet würde. Gleichzeitig würde die Steuer auch auf die Teile der auf dem Gebiet der Gemeinde erarbeiteten Einkommen erhoben, die als Zin-



sen, Mieten, Pachten oder Leasingraten anderswo ansässigen Kapitalgebern zufließen. So bleiben auch die Einnahmen der Gemeinden in schlechten Zeiten stabiler.

Für die am stärksten verschuldeten und unter Massenarbeitslosigkeit leidenden Gemeinden ist ein Rettungsfonds notwendig, der sie aus der Schuldenfalle holt. Der Bund muss einen höheren Anteil an den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende und für die Grundversicherung im Alter übernehmen. Gleichzeitig müssen die Länder ihre Zuweisungen an die Städte und Gemeinden erhöhen und stärker am Finanzbedarf der hoch verschuldeten Städte ausrichten.

Die Steuereinnahmen der Länder wiederum müssen durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsbesteuerung von großen Vermögen und Betriebsvermögen gestärkt werden. Statt die Gewerbesteuer abzuschaffen, muss sie gestärkt werden.

Das sind gewerkschaftliche Vorstellungen, die man voll unterstützen kann. Dafür lohnt es sich einzutreten, um die Kommunen zu stärken.

Reservisten sammeln Spenden für eine französische Kapelle:

Bundeswehr macht Werbung für sich

Die Püttlinger Reservistenkameradschaft dient der Völkerverständigung, schreibt die SZ vom 2. September im Vorbericht über ein bevorstehendes Fest auf dem Kardinal-Maurer-Platz. Dass sich die Reservisten um die Kriegsgräberpflege vor Ort bemühen, hatte sich bereits herumgesprochen, dass nun eine Kapelle in Falaise, in der Nähe von Verdun, vor dem Verfall gerettet werden soll, ist eine neue Nachricht. Der Erlös des Festes soll helfen, die Kapelle, die in den Kriegsjahren 1917/1918 von deutschen Soldaten nahe der schlimmsten Schlachtfelder errichtet wurde, zu renovieren. Wie weit das der Völkerverständigung dient, darüber hier einige Gedanken.

Die Pflege von Gräbern hat große Tradition in der Geschichte jedes Landes und seiner Menschen und soll von uns nicht angezweifelt werden. Auch die Betreuung von Kriegsgräbern ist unverfänglich, wenn nicht gerade bei Veranstaltungen an Kriegerdenkmalen den verlorenen Schlachten nachgetrauert und das Soldatentum hochgelobt wird. Aber darum geht es bei der geplanten „Rettung der Kapelle“ nicht, sie soll der deutsch-französischen Verständigung dienen, wie von den Beteiligten betont wird. So weit, so gut.

Problematisch sehen wir, dass die Bundeswehr am Fest dabei war und außer der Werbung für den Wehrdienst auch die Möglichkeit bekam, ein „Spezialfahrzeug“ vorzustellen, welches der „Unterstützung der Soldaten und möglicher Waffeneinsätze“ dient.

Werbung für die Bundeswehr - das ist es, worüber man in Püttlingen nachdenken sollte. Denn dass sich Charakter und Aufgaben der Bundeswehr total gewandelt haben, darf nicht übersehen werden.

Laut Grundgesetz ist die Aufgabe der Bundeswehr ausschließlich auf die Landesverteidigung beschränkt, und zwar „wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein

solcher Angriff unmittelbar droht“ (Art. 87a u. 115a GG). Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist ausdrücklich verboten und strafbar.

Wichtig ist auch Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes, er lautet: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

Bereits 1999 beteiligte sich die Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Tornado-Kampfflugzeuge bombardierten serbische Städte, zerstörten Brücken, Industrieanlagen, Schulen und Krankenhäuser. Mehr als 2000 Zivilisten wurden durch NATO-Bomben getötet.

Deutschland beteiligt sich seit 2001 am Krieg und an der Besetzung Afghanistans. Der Bundeswehreininsatz wird von Jahr zu Jahr ausgeweitet. So startet ab Januar 2011 mit 600 Fallschirmjägern der „größte Auslandseinsatz der Saarlandbrigade“ (SZ 13.10.10).

Minister zu Guttenberg ist fleißig dabei, die Bundeswehr zu transfor-

Jeder Sechste auf der Welt leidet Hunger

Weltweit hungern rund 925 Millionen Menschen. Vor allem Kinder sind davon betroffen, denn jährlich sterben etwa 2,2 Millionen Jungen und Mädchen durch Mangel- u. Unterernährung. In Entwicklungsländern sind 195 Millionen Kinder unter fünf Jahren unterentwickelt.

Das sind alarmierende Zahlen, die unlängst von der „Welthungerhilfe“ veröffentlicht wurden. Dennoch hat die schwarz-gelbe Bundesregierung dieses Jahr die Zuschüsse zum Welternährungsprogramm um über die Hälfte auf 59 Mio Euro und die Ausgaben für humanitäre Hilfe um 20 Prozent auf 77 Mio Euro gekürzt. Milliarden für die Bankenrettung und Anschaffung neuer Rüstungsgüter sind eben wichtiger als Hungernde.

mieren und ihre „weltweite Interventionsfähigkeit“ herzustellen. Die Devise lautet: Kleiner und feiner, effektiver und aggressiver. Mit von der Partie ist die Großindustrie, die den Einsatz der Bundeswehr „zur Wahrung der Interessen heimischer Unternehmen“ (SZ 30.8.10) fordern. Da hätten wir sie wieder, die Armee zur Durchsetzung von Kapitalinteressen in aller Welt! Wie das zur Völkerverständigung passt, kann sich jeder selbst beantworten.

Kriegsminister zu Guttenberg ist nur zu gerne bereit, die Bundeswehr den neuen Erfordernissen anzupassen. Bundeskanzlerin Merkel setzt da noch ein Sahnehäubchen drauf, sie will, dass in „besonderen Gefährdungslagen“ der Einsatz der Bundeswehr auch im Innern möglich ist. Zum Beispiel Einsatz der Armee gegen streikende Arbeiter? Das war in der deutschen Geschichte schon mal dagewesen.

Wer diese Dinge nicht berücksichtigt, handelt leichtsinnig, wenn er Werbung für die Bundeswehr ermöglicht. Diese Armee steckt nämlich im Kriegsgeschäft, wo auch getötet wird. Wer sich für die Bundeswehr werben lässt, kann jedoch sicher sein, dass im Ernstfall der Zinksarg gratis gestellt wird.

Das sind Gedanken, die unweigerlich kommen, wenn für die Bundeswehr öffentlich geworben wird. Ob die Reservisten das überlegt haben, muss man in Zweifel ziehen.





Es gehört zur guten Gepflogenheit, dass der Stadtrat in regelmäßigen Abständen den Stadtwald besichtigt, um sich vom zuständigen Revierförster über den Stand der Arbeiten und notwendige Maßnahmen informieren zu lassen. Am 28. Oktober war es soweit, sich beim diesjährigen Waldbegang einen Überblick zu verschaffen. Erste Station war ein Waldstück (Foto), wo im Frühjahr der Sturm Xynthia gewütet und eine riesige Schneise in den Kiefernbestand geschlagen hatte. Forstamtsrat Backes berichtete, dass durch die schnelle Aufarbeitung des gefallenen Holzes und den Verkauf zu gerade günstigen Preisen ein finanzielles Plus erreicht werden konnte.

Überschwemmungen am Schlehbach den Kampf angesagt:

Stadtrat beschließt Aufstellung eines Hochwasserschutzkonzeptes

Die Bewohner des Neubaugebietes Schlehbach sind schon vielfach von Hochwasser betroffen worden. Zahlreiche Versuche wurden unternommen, um das Eigentum der Anwohner vor



Der Schlehbach, ein harmloses Bächlein, das sich durch das Neubaugebiet am ehemaligen Freibad schlängelt. Aber wehe, wenn Unwetter zu extremen Niederschlägen führt. Mit der Idylle ist es dann in diesem Bereich vorbei.

Überschwemmungen zu bewahren. Doch am 6. Juni d.J. kam es ganz besonders schlimm. Ein „Extrem-Regenereignis“ setzte die Bebauung im Einzugsgebiet des Schlehbaches und angrenzende Grundstücke unter Wasser. Die Stimmung der Anlieger ist dadurch auf den Tiefpunkt gedrückt worden, sie wollen solche Belastungen nicht länger hinnehmen. Die seit einiger Zeit bestehende Bürgerinitiative hat die Stadt zum Handeln aufgefordert.

Jetzt hat der Stadtrat das Thema aufgegriffen und einstimmig den Auftrag zur Aufstellung eines Hochwasserschutzkonzeptes an ein Fachinstitut vergeben. Was im Einzelnen unternommen werden muss, soll diese Expertise erbringen und vom Stadtrat beschlossen werden.

Natürlich hat die DKP-Fraktion das Anliegen der Bürger ausdrücklich unterstützt und dafür plädiert, dass alles unternommen wird, um weitere Wasserschäden abzuwehren. Besagtes Schutzkonzept soll dabei helfen.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Die vier Beauftragten der Stadt Püttlingen trugen in der Ratssitzung vom 27. Oktober ihre Berichte vor: Die Frauenbeauftragte Anette Schneider, der Kinder- und Jugendbeauftragte Martin Löw, der Seniorenbeauftragte Ernst Schmitt und der Behindertenbeauftragte Uwe Sander hatten dabei Gelegenheit, ausführlich ihre Arbeit in der zurückliegenden Arbeitsperiode darzustellen. Über viele interessante Erfahrungen wurde dabei berichtet. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann man resümieren: Hier wurde immens viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, die unserer Stadt zugute kommt. Dafür dankte F. Hertel den Beauftragten im Namen der DKP-Fraktion.

*

Die Eröffnungsbilanz der Stadt Püttlingen ist in der letzten Ratssitzung auch mit Stimmen der DKP-Fraktion bestätigt worden. Bekanntlich ist das Rechnungswesen der Stadt zum 1. Januar 2009 von der kameralen auf die doppische Haushaltsführung umgestellt worden. Diese gesetzliche Vorgabe hatte zur Folge, dass auch eine Eröffnungsbilanz erstellt werden musste. Das ist inzwischen geschehen und das Rechnungsprüfungsamt hat einen entsprechenden Prüfbericht vorgelegt. Fachleute von der PWC-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft haben die Richtigkeit und Plausibilität der Eröffnungsbilanz bestätigt. Von daher bestand für die DKP keine Veranlassung, diese Bilanz anzuzweifeln und eine Zustimmung zu verwehren.

*

Die Künstlerinitiative Köllertal ist 25 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass fand am letzten Sonntag im Oktober eine große Festveranstaltung im Kulturbahnhof statt, an der auch der DKP-Fraktionsvorsitzende teilnahm.

Illusionen in die Jamaika-Koalition sind geplatzt:

Schönfärberei soll Murks überdecken

O Jammer, was haben wir da für eine politische Führung im Saarland:

Ein Ministerpräsident P. Müller, der bei den Koalitionsverhandlungen immer mehr CDU-Positionen preisgab und sich fast bis zur Unkenntlichkeit verbog, nur um an der Macht zu bleiben; ein Wirtschaftsminister C. Hartmann, der offensichtlich unfähig ist und jetzt seinen Parteivorsitz abgeben musste; der von den eigenen Parteifreunden, die in harten Machtkämpfen verstrickt sind, auf üble Weise gemobt wird;

ein Grünen-Drahtzieher H. Ulrich, der sich vom Unternehmer Ostermann mit opulenten Spenden „schmierem“ ließ, seine Wähler regelrecht hinters Licht führte und sich jetzt als „durchsetzungsfähiger“ Politiker aufspielt.

Anfang November war dieses Konglomerat karrieregeiler Provinzdarsteller erst ein Jahr im Amt, aber sie „gewwe aan wie en Tut voll Migge“. Dabei ist keineswegs sicher, ob die Jamaika-Koalition das Ende der Wahlperiode überhaupt erleben wird.

Entscheidungen zu Lasten von Bildung und Soziales

Obwohl das Saarland im nächsten Jahr 330 Millionen Euro mehr an Steuern einnehmen wird, soll der Rotstift weiter wüten. Beispielsweise wird das bisher kostenlose dritte Kindergartenjahr ersatzlos gestrichen. Damit verkommt das angestrebte „obligatorische Schulvorbereitungsjahr“ zur Farce.

Vor der Landtagswahl hatten CDU und Grüne Einsparungen bei Kindertageseinrichtungen „ausdrücklich ausgeschlossen“. Jetzt stoppt die Landesregierung den Ausbau der Kindertagesstätten und lässt die Kommunen im Regen stehen, denn der gesetzliche Anspruch auf einen Krippen-

platz für unter Dreijährige ab dem Jahr 2013 bleibt weiter bestehen.

Hierzu passt auch, dass dringend gebrauchte Junglehrer zu Beginn ihrer Einstellung zwei Jahre lang geringer bezahlt werden sollen, als es ihnen zusteht. Dass dadurch Lehrer in besser besoldete Bundesländer abwandern, kann man verstehen. Aber unsere Kinder müssen darunter leiden.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Jamaika-Koalition vor einem Jahr im Rahmen der Regierungsneubildung 50 zusätzliche Stellen in den Ministerien geschaffen hat, was natürlich mit enormen Kosten verbunden war. Jetzt soll



Wochenzeitung der DKP
(Auch probeweise zu bestellen)

auch Gabriel Mahren, ein treuer Parteigänger von Grünen-Landeschef Ulrich, untergebracht werden. In der Stabsstelle „Nachhaltigkeit“ in der Saarbrücker Staatskanzlei soll er eine Stelle einnehmen, die „überflüssig ist wie ein Kropf“ (SZ-Leserzuschrift). Es geht um eine Stelle nach A 16, welche zwischen 4.700 und 6.000 Euro monatlich einbringt. Kein Wunder, dass bei soviel nachhaltiger Eigenversorgung bei den Junglehrern gespart wird.

Die in Püttlingen ansässige Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer kann schwadronieren wie sie will, aber dass 3,4 Millionen Euro weniger für die Behindertenwerkstätten ausgegeben werden, ist kein Ruhmesblatt für diese Dame, deren „soziale Ader“ immer so lauthals gepriesen wird. Fest steht, dass auch die Püttlinger Behinderten unter den Sparbeschlüssen leiden werden.

Es ist schon aus Platzgründen nicht möglich, das ganze Sündenregister der Jamaika-Koalition aufzuzählen. Aber die Grausamkeiten dieser Regierung sind noch lange nicht am Ende.

Wenn, wie zu vermuten ist, auch die Kommunen gezwungen werden sollen, sich dem Zwang der Schuldenbremse zu unterordnen, dann wird es zu einem unüberhörbaren Heulen und Zähneklappern in den Städten und Gemeinden kommen. Schon jetzt wissen viele Kommunen nicht mehr, wie sie ihre Haushalte genehmigungsfähig gestalten sollen. Dann stünden auch in Püttlingen noch rigorosere Einsparungen und neue Belastungen für die Bürger an.



Die Boy-Friends der Jamaika-Band bitten um Almosen